

Es gibt wohl kaum ein Thema, das im japanischen gesellschaftlichen Diskurs wie auch in der Forschungsliteratur so anhaltend diskutiert wird, wie der Einfluss der USA auf Japan seit 1945. Die Diskussion dreht sich dabei zum einen um die Besatzungszeit selbst und die Frage, wie wichtig und nachhaltig die von der amerikanischen Besatzung eingeleiteten Reformen für die Entwicklung der japanischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach 1945 waren. Diskutiert wird hier, ob die Besatzung einen von den politischen Werten der USA geprägten demokratischen Neubeginn einleitete oder ob nicht auch Kontinuitäten zur Vorkriegszeit, etwa zu der in der Literatur immer wieder betonten demokratischen Entwicklung während der *Taisho*-Zeit (1912–1926) erkennbar sind, die während der Militärherrschaft der Vorkriegs- und Kriegszeit zum Erliegen gekommen waren. Aus dieser Sichtweise stellt die Kriegszeit lediglich eine Abweichung in der erfolgreich verlaufenden Modernisierung Japans dar, der die US-Besatzung wieder zum Durchbruch verholfen hat.<sup>1</sup> Dem gegenüber steht ein Teil der Literatur, der die Besatzungszeit als Neuanfang im Sinne einer ‹Stunde Null› versteht und die Besatzungspolitik als Grundsteinlegung für die demokratische Entwicklung und den wirtschaftlichen Aufschwung Japans in der Nachkriegszeit interpretiert.<sup>2</sup> Zahlreiche dieser Studien sind in den Jahren nach Ende der Besatzungszeit erschienen und wurden häufig von Autoren verfasst, die selbst an der Besatzung Japans beteiligt waren. Neuere Arbeiten zeichnen dagegen in der Regel ein differenzierteres Bild der Besatzung und beschreiben die Reformen vor dem Hintergrund des einsetzenden Kalten Krieges als nicht immer konsequent und stellen die Nachhaltigkeit der Reformen nach Abzug der Besatzung kritisch in Frage.<sup>3</sup> Autoren wie Historiker Takemae Eiji, der mit *Inside GHQ. The Allied Occupation of Japan and its Legacy* eine der umfangreichsten Arbeiten zur Besatzungszeit vorgelegt und dafür zahlreiche Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Besatzung geführt hat, verweisen dabei auf den mehr oder minder offenen Widerstand der konservativ geprägten politischen und wirtschaftlichen Elite Japans gegen amerikanische Bestrebungen, die japanische Gesellschaft grundlegend umzugestalten.<sup>4</sup> Sie betonen, dass es den USA nicht gelungen sei, konservative Kräfte in Politik und Wirtschaft zurückzudrängen und dass diese vor dem Hintergrund des sich entwickelnden Kalten Krieges bereits während der Besatzung und verstärkt nach Wiedererlangung der Souveränität Japans im Jahr 1952 zahlreiche der von den USA eingeleiteten Reformen wieder rückgängig gemacht oder zumindest ausgehöhlt und damit unwirksam gemacht hätten. Der Historiker John Dower, der mit seinem 1999 erschienenen Werk *Embracing Defeat. Japan in the Wake of World War II* eine zentrale Studie zum Übergang Japans von der Niederlage im Zweiten Weltkrieg zur Nachkriegszeit vorgelegt hat und dabei vor allem auf die

Alltagsgeschichte Bezug nimmt, spricht von der gespaltenen Natur der amerikanischen Besatzung Japans und verweist auf den immanenten Widerspruch, durch eine Militärregierung mit Zwangsmaßnahmen eine Demokratie herbeiführen zu wollen.<sup>5</sup>

Genauso heftig wie um die Bewertung der Besatzungszeit wird auch über die Nachwirkungen des US-Einflusses nach Ende der Besatzung und die Frage einer durch diese ausgelösten ‚Amerikanisierung‘ Japans diskutiert. Während Vertreter des bürgerlich-konservativen Lagers in der auch nach der Besatzungszeit anhaltenden und durch den am Tag nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco im September 1952 geschlossenen Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag auch militärisch besiegelten, engen Anbindung an die USA eine wichtige Grundvoraussetzung für die Sicherung der Demokratie und den wirtschaftlichen Aufstieg Japans ab den 1960er Jahren sehen, kritisiert die politische Linke die dadurch eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten für die japanische Politik vor allem in Asien. Auf Seiten der politischen Rechten wiederum wird ein durch die Amerikanisierung Japans ausgelöster Verlust der nationalen Identität beklagt. Der zentrale Begriff zur Beschreibung der Nachkriegszeit im Japanischen, *senjo*, bezieht sich dabei sowohl auf die unmittelbare Zeit nach Kriegsende wie auch auf die gesamte Periode vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart. Die Zeit von 1945 bis 1952 kann als prägende Phase für die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung Japans gesehen werden. In den Worten von John Dower:

World War II did not really end for the Japanese until 1952, and the years of war, defeat, and occupation left an indelible mark on those who lived through them. No matter how affluent the country later became, these remained the touchstone years for thinking about national identity and personal values.<sup>6</sup>

Ziel dieses Beitrags ist es, die Besatzungszeit und die von Seiten der USA durchgeführten Reformen zu skizzieren und danach zu fragen, auf welche Weise Amerika Japan während der Besatzung geprägt und die weitere Nachkriegsentwicklung geformt hat. Dies soll auch eine Antwort auf die Frage geben, inwieweit die Besatzungszeit als Phase der ‚Amerikanisierung‘ Japans zu sehen ist. Zunächst werden die zentralen Institutionen der US-Besatzung und die Grundlagen der amerikanischen Besatzungspolitik vorgestellt. In einem zweiten Schritt folgt dann ein Überblick über die wichtigsten, von der Besatzung eingeleiteten Reformen. Abschließend werden eine Bewertung und Einordnung der Besatzungspolitik sowie ein Ausblick auf die Nachwirkungen für die japanische Nachkriegsgesellschaft gegeben und Schlussfolgerungen gezogen, inwieweit die These der Amerikanisierung Japans zutrifft.

### **Grundlagen und Organisation der Besatzung Japans durch die USA**

Nach dem Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August erklärte Japan am 15. August 1945 seine Kapitulation. Die japanische Bevölkerung erfuhr vom Ende des Krieges durch eine persönliche Rundfunkansprache des Kaisers, die landesweit um zwölf Uhr mittags ausgestrahlt wurde. Am 2. September 1945 unterzeichnete die japanische Regierung an Bord der USS Missouri die Kapitulationsurkunde. Die USA beanspruchten aufgrund ihrer führenden Rolle im pazifischen Krieg von Anfang an das Recht, das Land allein zu besetzen. Nominell war die aus zunächst elf, später dreizehn Nationen zusammen-

gesetzte Far Eastern Commission mit Sitz in Washington für die Umsetzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und die Formulierung der Richtlinien für die Besetzung Japans wie auch für die Kontrolle der Besatzungspolitik zuständig.<sup>7</sup> Zudem oblag es formal dem aus den vier Siegermächten bestehenden Allied Council for Japan, das Alliierte Oberkommando (Supreme Command of the Allied Powers, SCAP) bei der Implementierung zu beraten.<sup>8</sup> In der Praxis blieben jedoch beide Institutionen bedeutungslos. Die am 22. September 1945 veröffentlichte US Initial Post-Surrender Policy for Japan machte den amerikanischen Anspruch auf die alleinige Kontrolle über die Besetzung deutlich, indem sie festlegte, dass die USA sich zwar mit den anderen Alliierten beraten würden, jedoch im Falle von Meinungsunterschieden die Haltung der USA maßgeblich sei.<sup>9</sup> Die Leitung der Besatzung übernahm der für seine militärischen Erfolge im Krieg gegen Japan im Pazifik wie auch für seine konservativen Ansichten bekannte und mit einem Talent für öffentlichkeitswirksame Inszenierungen ausgestattete General Douglas MacArthur. In der Gestaltung der Besatzungspolitik war MacArthur an die Vorgaben der Regierung in Washington gebunden und direkt dem US-Präsidenten unterstellt. Allerdings schuf er sich gegenüber der Regierung in Washington häufig mit dem Hinweis auf spezifische Erfordernisse vor Ort oder mögliche Auswirkungen einer von Washington vorgeschlagenen Maßnahme auf die Kosten oder die Dauer der Besatzung erfolgreich Freiräume oder präsentierte zentrale Reformen, wie etwa die neue japanische Verfassung, erst nachdem der Text schon an die japanische Seite weitergegeben worden war. Vor allem in frühen Darstellungen zur Besatzungszeit entsteht der Eindruck, MacArthur habe in Japan wie ein Prokonsul regiert. Neuere Studien zeichnen ein differenzierteres Bild.<sup>10</sup> Zu Beginn der Besatzung waren in Japan 500.000 alliierte Soldaten stationiert, deren Zahl bald auf 150.000 reduziert wurde. Die Soldaten waren zum größten Teil Amerikaner, aber auch die Briten und einige Commonwealth-Staaten wie Australien, Neuseeland und ab 1947 Indien stellten kleinere Kontingente.<sup>11</sup> Waren die Truppen anfangs noch über das gesamte Land und bis auf die Dörfer verteilt, so konzentrierte man sie, nachdem sichergestellt war, dass kein Widerstand gegen die Besatzung geleistet wurde, vor allem in den Hauptstädten der damals 46 Präfekturen.

In der Organisation der Besatzung zeigen sich zwei wesentliche Unterschiede zur Besatzung Deutschlands: Zum einen wurde Japan nicht wie Deutschland in von unterschiedlichen Siegermächten regierte Besatzungszonen aufgeteilt, sondern die Besatzung wurde de facto allein von den USA getragen. Zum anderen hatten die Alliierten in Deutschland die bestehende Regierung zerschlagen und in ihren Besatzungszonen direkt regiert. Für Japan sah die *United States Initial Post-Surrender Policy for Japan* vor, dass die Besatzung die Strukturen der bestehenden japanischen Regierung nutzen und auch den Kaiser im Amt belassen sollte, solange er die Autorität der Besatzung akzeptierte und die Demokratisierung nicht behinderte.<sup>12</sup> Der japanische Regierungs- und Verwaltungsapparat blieb somit intakt, und die Besatzungsmacht regierte indirekt. Zwar enthoben die US-Besatzungsbehörden Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die man als verantwortlich für den Krieg und die damit verbundene Aggression Japans betrachtete, ihrer Ämter. Diese Säuberungspolitik betraf jedoch vor allem Politiker und Wirtschaftsführer, nicht so sehr die Ministerialbürokratie. Zur Umsetzung der Besatzungspolitik wurde eine Behörde, das General Headquarter (GHQ) eingerichtet, dessen Struktur den Aufbau der japanischen Verwaltung widerspiegel-

te. Die einzelnen Abteilungen im GHQ, deren Personal aus Militärs und Zivilisten bestand und nur sehr wenige Personen mit Japanerfahrung oder Japankenntnissen einbezog, gaben den japanischen Ministerien Anweisungen, welche politischen Maßnahmen einzuleiten seien und kontrollierten deren Umsetzung. Das japanische Parlament blieb intakt und wurde bereits im April 1946 neu gewählt. Es beriet und verabschiedete die von der japanischen Ministerialbürokratie nach den Vorgaben der Besatzungsbehörden ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe. Diese indirekte Form der Besatzung hatte den Vorteil, dass die konkrete Ausführung der von der Besatzung eingeleiteten politischen Maßnahmen durch Japaner erfolgte und durch das japanische Parlament legitimiert wurden. Die Besatzung hoffte, dadurch Reibungsverluste durch Sprach- oder interkulturelle Verständigungsprobleme zu vermeiden und auch möglichen Widerstand in der Bevölkerung gering zu halten. Auf der anderen Seite war die Besatzungspolitik damit von Anfang an durch Übersetzungs- und Aushandlungsprozesse gekennzeichnet, die der japanischen Seite die Möglichkeit gaben, zumindest Nuancen in den zentralen Dokumenten zu verändern und somit politische Maßnahmen leicht abzuändern oder zu ‚japonisieren‘. Takemae schreibt dazu: «Thus, even where Allied policy was imposed, it was the bold outlines that prevailed; Japanese input, usually from a variety of sources, invariably modified the details.»<sup>13</sup>

### **Besatzungspolitik**

Auf amerikanischer Seite war bereits zu Beginn des pazifischen Krieges an Vorbereitungen und Plänen für eine Besatzung Japans gearbeitet worden. An der Formulierung dieser Pläne (*presurrender planning*) waren neben Beamten des State Department und Vertretern des Militärs vor allem Wissenschaftler, Juristen und Personen aus verschiedenen Berufen beteiligt. Auch einer der späteren Klassiker der kulturwissenschaftlichen Japanforschung, Ruth Benedicts *Chrysanthemum and the Sword* wurde im Jahr 1944 von der amerikanischen Regierung als Analyse der japanischen Kultur in Vorbereitung für die Besatzung Japans in Auftrag gegeben.<sup>14</sup> Viele der Pläne für die Besatzungspolitik waren dabei von der zwischen 1933 und 1941 bestimmenden Politik des von Präsident Roosevelt formulierten *New Deal* geprägt. Auch innerhalb des GHQ fanden sich zahlreiche Anhänger dieser Politik, die ihre Aufgabe zum Teil mit großem Idealismus angingen. Dem gegenüber standen konservative Offiziere im näheren Umfeld von MacArthur, wie etwa General Courtney Whitney, der einflussreiche Leiter der für die Umgestaltung des politischen Systems zuständigen *Government Section*, der die linksliberalen Ansichten mancher Kollegen nicht teilte und sich im Verlauf der Besatzung zunehmend durchsetzen konnte.<sup>15</sup>

Das grundlegende Besatzungsziel wurde in der *United States Initial Post-Surrender Policy for Japan* entsprechend den Vorgaben der Potsdamer Erklärung festgelegt: zu verhindern, dass von Japan noch einmal eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Weltgemeinschaft ausgehe. Dazu sollte Japan zu einer friedliebenden Nation umgestaltet werden.<sup>16</sup> Als Anleitung für die konkrete Umsetzung dieses Ziels diente die im November 1945 erlassene *Basic Directive for Post-Surrender Military Government in Japan Proper*. Dieses Dokument enthielt Vorgaben für nahezu alle Aspekte der japanischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und war das ‚Handbuch‘ für die umzusetzende Besatzungspolitik, gleichzeitig hatte es als militärischer Befehl absolute Bindungswirkung für die Besat-

zungsbehörden. Im Kern der Besatzungsreformen standen zwei zentrale Ziele: Entmilitarisierung und Demokratisierung.

Die Entmilitarisierung Japans zielte zunächst auf die Auflösung und Demobilisierung aller militärischen Einheiten, die Beschlagnahme und Zerstörung von Kriegsmaterial und die Rückführung der über Asien verstreuten japanischen Truppen wie auch japanischer Zivilpersonen, etwa Siedler aus der Mandschurei, nach Japan. Ziel der Besatzung war es, das japanische Militär zu zerstören, um jegliche Gefahr einer erneuten militärischen Bedrohung durch Japan auszuschalten. Japan sollte, aus Sicht MacArthurs, in einem zukünftigen Krieg Neutralität wahren und zu einer ›Schweiz Ostasiens‹ werden.<sup>17</sup>

In einem zweiten Schritt wurden die für die Planung und Durchführung des japanischen Angriffskrieges Verantwortlichen wie auch diejenigen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt wurden, vor ein Alliiertes Tribunal, den ›Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten‹, gestellt, der im Mai 1946 seine Arbeit aufnahm. Ausgespart wurde dabei allerdings die Frage nach der Kriegsverantwortung des japanischen Kaisers, der laut Verfassung bis 1945 Oberbefehlshaber der japanischen Armee war und in dessen Namen die Militärregierung den Krieg vorangetrieben hatte. Die US-Regierung hatte jedoch bereits gegen Ende des Krieges beschlossen, die Person des Kaisers zu schonen, um eine größere Akzeptanz der Besatzung in der japanischen Bevölkerung sicherzustellen. MacArthur hatte sich persönlich vehement gegen die Einbeziehung des Kaisers in die Kriegsverbrecherprozesse ausgesprochen und argumentiert, dass eine Anklage des Kaisers nicht nur alle Hoffnungen auf eine zügige Demokratisierung Japans zerstören würde, sondern auch eine Erhöhung der amerikanischen Truppenpräsenz zur Folge haben müsste, um Unruhen zu vermeiden. Zudem stünde zu erwarten, dass sich die Dauer der Besatzung verlängere.<sup>18</sup> Linke Autoren argumentieren, der Entschluss, den Kaiser im Amt zu belassen und nicht zum Rücktritt zu drängen, wie es etwa der jüngere Bruder des Kaisers, Prinz Mikasa, oder der Präsident der Kaiserlichen Universität Tokyo, Nanbara Shigeru, vorgeschlagen hatten, habe eine konservative und pro-amerikanische Haltung Japans auch für die Zeit nach Abzug der Besatzung sichergestellt. Dritter Bestandteil der Maßnahmen zur Entmilitarisierung Japans war die Umstellung der Wirtschaft auf zivile Produktion, um dadurch die Versorgungslage der im zerstörten Land hungernden Bevölkerung zu verbessern.

Kernstück der von der US-Besatzung eingeleiteten Reformen war jedoch die ›Demokratisierung‹ Japans. Dabei ging es in einem ersten Schritt um die Einrichtung demokratischer Institutionen in der Politik und damit um eine grundlegende Umgestaltung des politischen Systems. Unverzüglich nach Beginn der Besatzung begann die Arbeit an einer demokratischen Verfassung, die eine pazifistische Orientierung des Nachkriegsstaates sicherstellen sollte. Ein zentrales Element der Verfassungsdiskussion war dabei die Trennung von Staat und Religion, die die seit dem 19. Jahrhundert bestehende religiöse Legitimierung der Kaiserherrschaft abschaffte. Am 1. Januar 1946 widerrief der Kaiser seine ›Göttlichkeit‹ in einer Rundfunkansprache. Die von der US-Besatzung eingeführte Verfassung ist aus rechtlicher Sicht keine neue Verfassung, sondern eine Änderung der bis dahin gültigen Japanischen Verfassung von 1898, der sogenannten Meiji-Verfassung, in deren Zentrum der japanische Kaiser als Souverän gestanden hatte. Die ersten Entwürfe, die die vom GHQ beauftragten japanischen Juristen den Besatzern vorleg-

ten, beließen diese zentrale Rolle des Kaisers weitgehend und schlugen etwa vor, Japan in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Da dies MacArthur nicht weitreichend genug war, um eine Demokratie in Japan einzuführen, verwarf er die von der japanischen Seite erstellten Dokumente und richtete selbst eine Verfassungskommission aus Juristen der Besatzungsbehörde ein. Diese erstellte innerhalb weniger Tage einen Entwurf, der vor allem auf der amerikanischen Verfassung basierte und der japanischen Seite oktroyiert wurde. In der neuen Verfassung liegt die Souveränität beim Volk, der Kaiser ist lediglich ein «Symbol» des japanischen Staates ohne eigene politische Rolle. Im Zuge der Übersetzung des vom GHQ erstellten englischen Dokuments eröffneten sich jedoch zahlreiche Möglichkeiten für die japanische Seite, wichtige Nuancen im Text zu verändern und somit die Verfassung zu «japanisieren». Hierbei ist vor allem auf den sogenannten Friedensartikel in der japanischen Verfassung, Artikel neun, zu verweisen, dessen ursprüngliche, vom GHQ erarbeitete Fassung das Bekenntnis Japans zum Pazifismus und einen Verzicht auf Streitkräfte vorsah. Hier gelang es den japanischen Übersetzern, durch die Einfügung eines Partikels, der sowohl kausal als auch instrumental interpretiert werden kann, mehrere Interpretationen des Textes möglich zu machen.<sup>19</sup> Die Verfassung wurde im Oktober 1946 durch das gerade neu gewählte Parlament bestätigt, im November 1946 vom Kaiser verkündet und trat sechs Monate später in Kraft. Kernelemente der Verfassung sind neben dem Pazifismus und der symbolischen Rolle des Kaisers Volkssouveränität, die Garantie zentraler Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter und eine dem Parlament verantwortliche und mehrheitlich aus Parlamentariern gebildete Regierung. Die zweite Kammer des Parlaments, das sich seit 1898 am britischen Westminster-System orientiert, wurde von einem Adelshaus zu einem demokratisch legitimierten Gremium ähnlich dem amerikanischen Oberhaus umgestaltet. Auch der Adel wurde – mit Ausnahme der Kaiserfamilie – abgeschafft, und die Besatzungsbehörden begleiteten die Reformen mit einer Informations- und Erziehungskampagne, um den Japanern die neuen Werte einer demokratischen, egalitären Gesellschaft nahezubringen.

Teil der Demokratisierungspolitik war auch die Zulassung politischer Parteien jeglicher Couleur. Insbesondere die bis dahin über Jahrzehnte im Untergrund agierende Kommunistische Partei Japans reagierte mit positiver Überraschung auf die Möglichkeit, legal politisch aktiv zu sein. Zur Beseitigung aller undemokratischen Strukturen in der japanischen Gesellschaft gehörte weiter die Reform des Erziehungssystems, die sich stark am amerikanischen Modell orientierte und zahlreiche dezentrale Elemente vorsah, die nach Ende der Besatzung zügig wieder rückgängig gemacht wurden. Innerhalb der Regierung wurde der in der Kriegszeit gefürchtete, staatliche Unterdrückungsapparat beseitigt und das dafür verantwortliche Innenministerium aufgelöst. Ebenso legte die Besatzung, wiederum in Anlehnung an das amerikanische Modell eines föderalen Bundesstaates, großen Wert auf eine Stärkung der Präfekturen, deren Gouverneure nun vom Volk direkt gewählt wurden, während sie vorher ernannt worden waren.

Ein weiterer, wichtiger Bestandteil der Demokratisierungspolitik war die Umgestaltung der Wirtschaft durch die Zulassung von Gewerkschaften, die Einführung demokratischer betrieblicher Strukturen und die Auflösung der einflussreichen und mit der politischen und militärischen Elite eng verflochtenen *zaibatsu*, Mischkonzernen, die in Form von Holdinggesellschaften organisiert waren und

in deren Zentrum jeweils eine Familie stand. Auch eine Landreform stand auf der unmittelbaren Reformagenda, da ähnlich wie in der Industrie auch die Landwirtschaft von reichen Großgrundbesitzern geprägt war, während die Mehrheit der japanischen Bauern als arme Pächter lebte.<sup>20</sup>

### **Widersprüche in der Besatzungspolitik: Zensur und Kursumkehr**

Der Demokratisierungspolitik der USA wohnte ein Widerspruch inne: Die Förderung von Meinungsfreiheit und demokratischem politischem Austausch in Japan geschah unter der Schirmherrschaft der Besatzung, die gleichzeitig keine Kritik an den USA oder den Alliierten zuließ und in ihrer grundlegenden Direktive zur Pressefreiheit vom 10. September 1945 alle Medienberichte untersagte, die dazu angetan waren, öffentliche Unruhe zu schüren. Insbesondere tabu waren Berichte zu den amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki oder zur Stellung des Kaisers. Die Zensur betraf nicht nur Printmedien, sondern umfasste auch Filme, Theateraufführungen, Radiosendungen und sogar volkstümliche Papiertheaterstücke (*kamisihbai*), bei denen zur Untermalung der Narration eines Erzählers erleuchtete Papierlaternen in einen dafür vorgesehenen Rahmen eingeschoben wurden. Anders als in der Vorkriegs- und Kriegszeit, als zensierte Textpassagen geschwärzt wurden, mussten während der Besatzung von der Zensur monierte Texte umgeschrieben werden, so dass der Akt der Zensur für die Leser unsichtbar wurde. Natürlich war auch die Diskussion der Zensur nicht gestattet.<sup>21</sup> Die Erwartung einer kritischen Reaktion von Seiten der Zensoren führte zudem zu einer Selbstzensur der japanischen Journalisten und Autoren, so dass nach und nach im Zuge der Besatzung in den Medien – mit Ausnahme der kommunistischen Presse – ein, wenn auch je nach Zeitung und Verlag unterschiedlich nuancierter, konservativer Grundton vorherrschte.

Ein weiterer Aspekt der Besatzung, der in der Literatur kritisch beleuchtet wird, ist die Veränderung der Besatzungspolitik im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges. War die Besatzung 1945 noch mit dem Ziel der Demokratisierung und des Aufbaus Japans zu einem pazifistischen, neutralen Staat angetreten und dabei sehr ambitioniert vorgegangen, so wandelte sich die Zielrichtung ab etwa 1948 hin zu einer schnellen Wiederbelebung der japanischen Wirtschaft sowie zur Gewinnung Japans als Partner im Kalten Krieg und als ‚antikommunistisches Bollwerk‘ in Asien. Ab 1948 leisteten die USA Japan auch Wirtschaftshilfe, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und damit den linken Parteien ihre Wählerbasis zu entziehen. Hintergrund waren die wachsenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion, aber auch der Sieg der Truppen Mao Tse-Tungs im chinesischen Bürgerkrieg 1948 sowie die Ausrufung der chinesischen Revolution im Jahr 1949. Zudem hatten die Demokraten von Präsident Truman bei den Wahlen in Amerika im Jahr 1946 ihre Mehrheit im US-Kongress verloren, und im amerikanischen Parlament wuchs die Kritik an der Verwendung von Steuergeldern für linksliberale Experimente, etwa die Förderung von linken Parteien und Gewerkschaften, in Japan. Spätestens mit Beginn des Korea-Krieges 1950 waren die USA auch auf Japan als Partner und Basis zur Stationierung eigener Truppen in Asien angewiesen. In der Folge ließ der Reformdruck, etwa im Bereich der Demokratisierung der japanischen Wirtschaft, deutlich nach, die Besatzungsbehörden verboten Streiks und führten Säuberungsaktionen gegen Kommunisten durch (*red purge*). Auch wenn viele der eingeleiteten Sozialreformen nach 1948

fortgesetzt wurden und Vertreter des New Deal in der Besatzungsbehörde im Amt blieben, wurde doch der anfänglich idealistische Demokratisierungskurs in weiten Teilen umgekehrt und die Anbindung Japans an die USA gefördert.<sup>22</sup>

### **Die Besatzung – eine Amerikanisierung Japans?**

Aus der Darstellung der von der US-Besatzung eingeleiteten Reformen wird deutlich, dass in den Augen der Besatzer die USA sicherlich das Leitmodell einer Demokratie waren, nach dem sie Japan formen wollten. Dies zeigt sich etwa in der Orientierung am Text der US-Verfassung für die neue japanische Verfassung oder an der Reform des Erziehungssystems nach amerikanischem Modell. In einigen Bereichen, etwa in den Bestimmungen zum Familienrecht innerhalb des japanischen Bürgerlichen Gesetzbuches, stand ebenfalls das amerikanische Recht Pate, während sich die übrigen Teile des Zivilrechts nach wie vor am europäischen Modell ausrichten. Ob diese Reformen jedoch auch zu einer nachhaltigen Amerikanisierung der japanischen Gesellschaft führten, ist zu diskutieren. Der japanische Autor und Kritiker Eto Jun etwa beklagt, die Besatzung habe die Psyche der Japaner nach amerikanischem Muster neu geformt und sie damit der Fähigkeit beraubt, kritisch über ihre eigene nationale Identität zu reflektieren.<sup>23</sup> Es ist sicher richtig, dass insbesondere die Zensur und die Unterbindung der Diskussion über die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki es der japanischen Gesellschaft über lange Zeit unmöglich gemacht hat, eines der katastrophalsten Ereignisse in der nationalen Geschichte aufzuarbeiten und Erinnerungsdiskurse einzuleiten.<sup>24</sup> Während hier wichtige Diskussionsprozesse unterbunden wurden, setzte auf Seiten der Alltagskultur eine starke Verbreitung amerikanischer Konsumgüter und der Werte der amerikanischen Mittelschicht ein. Die Historikerin Carol Gluck schreibt dazu:

Jeeps, movies, English, and democracy all came together, with the result that the definition of the modern swerved in a material and populist direction simultaneously. As much stake as the occupation put in electoral politics, American-style pursuit of the good life through consumption overwhelmed town-meeting democracy in the evolving definition of the lifestyle modern. To say that a nation under foreign occupation had little choice about the source of such influence does not belie the evident Japanese enthusiasm for American versions of material modernity in the postwar years.<sup>25</sup>

Während es richtig ist, dass die Reformen der Besatzungsbehörden sicherlich den Grundstein für die demokratische Orientierung und die Westanbindung Japans in der Nachkriegszeit legten und gleichzeitig mögliche parallel laufende Prozesse der nationalen Selbstverständigung und Identitätsbestimmung durch Zensur unterbanden, bleibt doch festzustellen, dass die Reformen ohne eine bereits vor dem Krieg bestehende Orientierung an westlichen, europäischen wie amerikanischen Kulturen und Gesellschaften und ohne die Bereitschaft auf Seiten großer Teile der japanischen Eliten, diese wieder aufleben zu lassen, nicht so nachhaltig geblieben wären. Viele der von den Besatzern formulierten Ideen knüpften an japanische Überlegungen aus der Vorkriegszeit, etwa im Bereich der Sozialpolitik oder der Landreform, an. Auch gelang es der japanischen Seite im Übersetzungs- und Aushandlungsprozess, Texte und Konzepte an als kritisch empfundenen Stellen, wie beispielsweise bei der Verfassungsreform, zu verändern und damit auszuhöhlen. Reformen, die der herrschenden konservativen Elite nicht zusagten, etwa die Organisation der Schulen, das Wahlsystem oder die Dezentralisierung, wurden dagegen nach Ablauf der Besatzung wieder rückgängig gemacht.

## Anmerkungen

- 1 Hier wäre als Vertreter der Doyen der amerikanischen Japanforschung, Edwin O. Reischauer zu nennen. Vgl. Edwin O. Reischauer, «The Allied Occupation: Catalyst not Creator»; in: *Japan Examined*, hg. v. Harry Wray u. Hilary Conroy, Honolulu 1983, S. 335–342. In seinen Werken beurteilt Reischauer die US-Besatzung als grundsätzlich positiv und förderlich für die weitere Entwicklung Japans.
- 2 Ein gutes Beispiel ist der Sammelband *The American Occupation of Japan: A Retrospective View*, hg. v. Grant Goodman, Lawrence 1968.
- 3 Beispiele hierfür sind die Arbeiten des Historikers Michael Schaller, *The American Occupation of Japan*, New York 1985. Auch der Sammelband *Democratizing Japan*, hg. v. Robert Ward u. Yoshikazu Sakamoto, Honolulu 1987, zeigt eine ausgewogenere Darstellung.
- 4 Eiji Takemae, *Inside GHQ. The Allied Occupation of Japan and its Legacy*, New York 2002. Zur Frage der Nachhaltigkeit der US-Reformen siehe S. 516–560.
- 5 John Dower, *Embracing Defeat. Japan in the Wake of World War II*, New York 1999. Vgl. auch ders., «Occupied Japan as History and Occupation History as Politics», in: *Journal of Asian Studies*, Bd. 34, Februar 1975, S. 485–504.
- 6 Dower 1999 (wie Anm. 5), S. 25.
- 7 Zu Mitgliedern, Arbeitsweise und Funktion der Far Eastern Commission, siehe Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 96–99.
- 8 Zu Einzelheiten siehe Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 99–103.
- 9 Ders. S. 98.
- 10 Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 105, zur Rolle MacArthurs vgl. auch Gerhard Krebs, *Das moderne Japan. 1868–1952*, München 2009, S. 87–88.
- 11 Ebd., S. 87.
- 12 Ebd., S. 227.
- 13 Ebd., S. 229.
- 14 Ruth Benedict, *The Chrysanthemum and the Sword: Patterns of Japanese Culture*, Cleveland 1967.
- 15 Zum Einfluss der Politik des New Deal siehe z.B. die Memoiren des an der Besatzung beteiligten Theodore Cohen, *Remaking Japan. The American Occupation as New Deal*, hg. v. Herbert Passin, New York 1987.
- 16 Herbert Passin, «The Occupation. Some Reflections», in: *Daedalus*, 1990, Bd. 119, Heft 3, S. 107–129, hier S. 111.
- 17 Siehe Peter Lowe, *Containing the Cold War in East Asia. British Politics towards Japan, China and Korea, 1948–1953*, Manchester 1997, S. 19–20.
- 18 Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 256–260. Ausführlich zur Rolle des Kaisers siehe Herbert Bix, *Hirohito and the Making of Modern Japan*, New York 2000.
- 19 Vgl. Shoichi Koseki, *The Birth of Japan's Post-war Constitution*, Boulder 1997 oder Kyoko Inoue, *MacArthur's Japanese Constitution. A Linguistic and Cultural Study of its Making*, Chicago, 1991.
- 20 Zu den Einzelheiten der Reformen siehe etwa Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 235–381. Ebenso Makoto Iokibe, «Japan Meets the United States for the Second Time», in: *Daedalus* Bd. 119, Heft. 3, (1990, S. 91–106.
- 21 Takemae 2002 (wie Anm. 4), S. 382–404.
- 22 Ebd., S. 457–515; Krebs 2009 (wie Anm. 11), S. 98–103.
- 23 Jun Eto, «Senryogun no ken'etsu to sengo Nihon, Dai-ichi-bu», in: *Shokun*, Bd. 14, Heft 2 (Februar 1982), S. 108.
- 24 So auch John Dower, «The Bombed: Hiroshima and Nagasaki in Japanese Memory», in: *America's Wars in Asia. A Cultural Approach to History and Memory*, hg. v. Phillip West, Steven Levine u. Jackie Hiltz, New York 1998, S. 27–50.
- 25 Carol Gluck, «The «End» of the Postwar: Japan at the Turn of the Millennium», in: *Public Culture*, Bd. 10, Heft 1, S. 1–23.